

Frau Zorlu begründet den SPD-Antrag. Ziel sei die Überprüfung einer Rücküberführung der Geburtsstation in eine kommunale bzw. idealerweise in eine interkommunale Trägerschaft. Es gehe um einen Auftrag an die Verwaltung, die Voraussetzungen für eine interkommunale Trägerschaft zu prüfen und sich diesbezüglich mit den anderen Kommunen zusammensetzen. Eine Rückübertragung könne dazu führen, anstatt die Erzielung von Rendite die Station im Sinne unserer Region selber erhalten zu können. Die Kosten für die einzustellenden Belegärzte würden von der Kassenärztlichen Vereinigung über die Krankenkassen gezahlt. Die Beleghebammen würden direkt über die Krankenkassen abgerechnet. Als Betreiber erhalte man eine Fallpauschale. Dazu käme die Verpflichtung zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung. Diese liege in etwa bei 23.000 Euro pro Jahr. Weiterer Vorteil wäre der Verzicht auf teure Honorärärzte. Außerdem brauchte man keine Quersubventionierung durch andere Stationen. Dazu entfalle die Miete. Die anderen Kommunen hätten sich in der Presse schon positiv geäußert. Konkrete Gespräche seien jedoch notwendig, um zu sehen, wie ernst es den Kommunen tatsächlich sei. Hierzu wäre es sinnvoll, dass sich der Bürgermeister mit betroffenen Kommunen in Verbindung setzen würde. Gleichzeitig bestehe die Anforderung einer Kontaktaufnahme mit der DKU. Diese habe sich beim damaligen Kauf der Anteile den Erhalt der Geburtshilfestation als Ziel ausgegeben. Es sei klar, dass man das Krankenhaus nicht alleine halten könne, aber eine gesunde Station mit anderen Kommunen zu halten, sei möglich. Im übrigen wolle die SPD wissen, was der Bürgermeister seit Vorliegen des Antrages (vier Wochen) unternommen habe und wie es mit den Vorbereitungen für die Expertenrunde aussehe. Diesbezüglich erwarte man eine rasche Umsetzung. Bereits vor sechs Wochen sei der Beschluss gefasst worden.

Herr Meeser erklärt, dass man die Anträge der SPD unterstütze. Es sei notwendig, etwas zu unternehmen. Außerdem müsse man gegen eine Tendenz gegensteuern. Würden weitere Stationen unwirtschaftlich, würden diese auch geschlossen.

Herr Gräf macht deutlich, dass die FDP selbstverständlich den Erhalt der Station für Gynäkologie und Geburtshilfe unterstütze – jedoch als integraler Bestandteil des St. Franziskus-Krankenhauses. Als Standortfaktor und für die Zukunftssicherheit Eitorfs sei dies wichtig. Allerdings liefen zur Zeit Bemühungen der DKU und der Krankenhausleitung zur Wiedereröffnung der Station. Auch stehe die Expertenrunde noch aus. Von daher wisse man nicht, ob dies der richtige Zeitpunkt für den beantragten Schritt sei. Hierdurch entstünden möglicherweise Störfeuer. Belastbare Ergebnisse lägen bisher nicht vor, seien aber hoffentlich nicht ausgeschlossen. Der SPD-Antrag ziele aber auf eine Lösung außerhalb der derzeitigen Krankenhausstruktur. Im Hinblick auf eine tragfähige Lösung sei dies eher hinderlich. Auch dem Nichtfachmann dürfte bekannt sein, dass eine aus dem Krankenhausverbund herausgelöste Belegabteilung mit sechs Betten nicht wirtschaftlicher betrieben werden kann als im Verbund mit anderen Fachabteilungen des Krankenhauses. Ohne ergänzende Leistungen eines Krankenhauses und ohne sach- und fachkundiges Management sei eine Belegabteilung gar nicht zu betreiben. Darüber hinaus sei eine Belegabteilung in (inter)kommunaler Hand nicht finanzierbar. Der Antrag stelle daher nach Auffassung der FDP keine durchdachte und praktikable Lösung dar. Bereits in der letzten Ratssitzung habe die DKU erklärt, dass sie an einem Verkauf nicht interessiert sei. Die Gemeinden Eitorf, Ruppichteroth und Windeck befänden sich in finanziellen Ausnahmesituationen. Dies bedeute eine Ausweitung des Ergebnishaushaltes im freiwilligen Bereich und damit die Ausweitung von Kassenkrediten. All dies sei im Grunde gar nicht genehmigungsfähig. Die genannten Kommunen verfügten auch nicht über die personellen Kapazitäten und die fachliche Kompetenz, um verantwortlich eine Belegabteilung zu leiten. Insofern helfe der SPD-Antrag nicht wirklich weiter. Er gaukle der Bevölkerung allenfalls eine Pseudolösung vor. Aktionismus ohne wirklichen Realitätsbezug möge zwar dem geneigten Publikum gefallen, reiche aber nicht zu einer tragfähigen Lösung. Die schwierige Situation von Krankenhäusern im ländlichen Raum könne nur durch Hilfe von außen vom Land NRW gelöst werden. Eine spezielle und gezielte Unterstützung der Krankenhäuser auf dem Land sei notwendig. Auch die jetzige Fallpauschalenregelung benachteilige die kleinen Häuser. Man werde daher über die FDP-Landtagsfraktion eine Anfrage an die Landesregierung initiieren, um zu erfahren, inwieweit das Land willens ist, die Krankenhausversorgung auf dem Land lebensfähig aufrecht zu erhalten und im speziellen Fall des Eitorfer Krankenhauses. All dies müsse im Vorfeld erfolgen, bevor man einer Idee zustimme, die Belegabteilung in der Verantwortung drei kleiner Kommunen zu betreiben. Man halte die für undurchführbar.

Bürgermeister Dr. Storch macht deutlich, dass alle Abteilungen des Krankenhauses in den „roten Zahlen“ manövrieren. Zwar sei man nach Aussage der Geschäftsführung auf einem guten Weg und die Defizite weiteten sich nicht aus, man sei aber weit davon entfernt, Renditen zu erwirtschaften. Diese benötigten „schwarze“ Zahlen. Hiervon sei man seiner Information nach aber immer noch entfernt. Erst dann könne man von einer möglichen Quersubventionierung sprechen.

Im Anschluss geht er auf Geburtenzahlen ein. Vergleiche man die Zahlen der letzten drei Jahre (2011: 154, 2012: 192, 2013: 166 Geburten) liege man im Schnitt bei etwa 170 Geburten jährlich. In 2012 habe es 155 Geburten in Eitorf wohnender Mütter gegeben. Hiervon hätten jedoch 77 Mütter – somit rund die Hälfte – außerhalb Eitorfs ihre Kinder zur Welt gebracht. 2013 hätten von 130 Geburten in Eitorf lebender Mütter ebenfalls etwa die Hälfte, nämlich 69, ihre Kinder außerhalb Eitorfs zur Welt gebracht.

Im Rhein-Sieg-Anzeiger sei vor kurzem in einem Interview mit einem Experten zu lesen gewesen, nach dessen Aussage der wirtschaftliche Betrieb einer Geburtsstation erst ab etwa 600 Geburten möglich sei. Der Termin für die Expertenrunde sei abgestimmt worden und finde am 26.03.2014 statt, Die Einladungen seien gegen Ende der letzten Woche fertiggestellt und heute versandt worden.

Herr Scholz erklärt, dass die von der FDP geäußerten Bedenken sicher gerechtfertigt seien. Dies heiße aber nicht, dass man weiter nach Lösungen suchen solle. Hierzu gehöre als „finale“ Lösung auch die Rückübertragung im beantragten Sinne. Zunächst gehe es doch nur um eine Prüfung. Diese Prüfung solle man nicht auf die lange Bank schieben. Später mache man sich Vorwürfe, wenn nicht alle Möglichkeiten ausgelotet worden wären. Er kritisiert außerdem die von der DKU „hart“ geführte Diskussion, die dem Vernehmen nach auch mit Unterlassungserklärungen oder deren Androhung einhergehe. Er bittet den Bürgermeister, auf die DKU einzuwirken, in der Sache etwas zurückzufahren. Das Thema sei nun einmal sehr emotional und das Krankenhaus ein wichtiger Standortfaktor.

Auch Herr Kolf spricht sich für eine Prüfung im Sinne des SPD-Antrages aus. Da die Zeit knapp ist, mache es nichts aus, wenn man bei der Suche nach Lösungen zweigleisig fahre. Mit Blick auf die roten Zahlen in allen Abteilungen, müsste man sich eigentlich Sorgen um das gesamte Krankenhaus machen.

Der Bürgermeister bestätigt diese Aussage. Transparente wie „Wer unser Kind nicht will, kriegt auch nicht Opas Knie“ seien nämlich ganz und gar nicht hilfreich. Gerade gut frequentierte Bereiche, wie beim Gelenkersatz, seien nötig, damit das Haus wieder schwarze Zahlen schreibe. Nur dann könne auch eine gynäkologische Station quersubventioniert werden. Nach wie vor stehe die Aussage der DKU, dass man die Station wiedereröffnen möchte.

Auf weitere Frage von Herrn Kolf schildert der Bürgermeister die Teilnehmer der Expertenrunde. Neben den im Ratsbeschluss festgelegten Teilnehmern habe er noch die AOK als Vertreterin der Krankenkassen und den Rhein-Sieg-Kreis als engen Partner mit ins Boot genommen. Ergänzend geht er auf eine Aussage der DKU zur Verkaufsbereitschaft ein. Unabhängig von der Aussage im letzten Rat habe er nochmal konkret bei der DKU angefragt. Eine Antwort stehe noch aus.

Unter Bezugnahme auf den Wortbeitrag von Herrn Gräf erklärt, Frau Zorlu, dass man sich zum Antrag viele Gedanken gemacht habe und es sich hier nicht um puren Aktionismus handele. Es gehe nicht um die Erwirtschaftung von Rendite, sondern um eine sinnvolle Lösung, ggf. mit andern Kommunen eine gemeinsame Trägerschaft zu prüfen. Bis zur Expertenrunde dauere ihr das auch zu lange. Eine Abstimmung mit den anderen Kommunen müsse vorher erfolgen. Es gehe schließlich auch um Daseinsvorsorge und man wolle heute mit einem entsprechenden Beschluss aus dieser Sitzung gehen.

Herr Liene begrüßt die Einberufung der Expertenrunde. Dies gehe in die richtige Richtung, da die Ursachen und nicht die Symptome bekämpft werden müssten. So einfach, wie sich die SPD das vorstelle, sei keine Geburtsstation zu betreiben. Er fragt nach Meinungen der Krankenkassen, der Ärzte, nach konkreten Beispielen, wo das so praktiziert worden sei. Dies rieche alles stark nach Populismus. Die im Rhein-Sieg-Anzeiger nachzulesende Stellungnahmen belegten doch eindeutig, dass man eine solche Station nicht mal eben einfach so betreiben könne. Er zitiert im weiteren aus einer Presseveröffentlichung des Rhein-Sieg-Anzeigers mit Aussagen der Grünen-Gesundheitsministerin. Demnach hätten die Patienten weitere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen. Die Wahrheit liege auf Landesebene und jeder müsse den Mut haben, sich über seine Fraktion an die Landtagsfraktionen zu wenden, um dort das richtige einzufordern. In Eitorf durchgeführte Demonstrationen kämen nicht dort an, wo die

Rahmenbedingungen gemacht würden, nämlich beim Land. Werde weiter öffentlich Negativstimmung gegen das Krankenhaus gemacht, spreche man demnächst nicht nur über 6 Betten der Geburtsstation, sondern über ganz andere Abteilungen mit höheren Bettenzahlen. Die FDP werde sich der Abstimmung enthalten.

Herr Utsch erinnert daran, dass jedem die Entscheidung, das Krankenhaus abzugeben, schwer gefallen sei. In der Presse sei dies leider bisweilen so rüber gekommen, als wenn die Übergabe nach dem Motto „bloß weg damit“ erfolgt sei. Nach dem Vortrag der Geschäftsführerin im vergangenen Herbst hätten alle das Gefühl gehabt, die richtige Entscheidung getroffen zu haben. Er stelle sich die Frage, wieso die antragstellende Fraktion nicht schon damals die Situation kritisch hinterfragt habe, wobei doch nach Recherchen der SPD angeblich kein Mangel an niedergelassenen Belegärzten bestehe.

Frau Bourauel geht auf die Expertenrunde ein und fragt nach einer Beteiligung des Ärztenetzes und der Fraktionen.

Der Bürgermeister erklärt, dass eine Beteiligung des Ärztenetzes ggf. denkbar sei. Aus Reihen der potentiellen Teilnehmer an der Expertenrunde sei ihm jedoch bedeutet worden, dass man keine politische Veranstaltung wünsche – insbesondere auch mit Blick auf den Kommunalwahlkampf.

Herr Dr. Peeters schildert, dass ihm der Erhalt der Geburtsstation sehr am Herzen liege. Der Antrag beinhalte zunächst ja nichts anderes als einen Prüfauftrag. Der Begriff „geboren in Eitorf“ sei auch ein Identitätsmerkmal. Politik lebe nun mal von Visionen. An der oberen Sieg müsse eine Geburtsstation etabliert sein, mit der Möglichkeit, notfalls auch einen Kaiserschnitt durchführen zu können. In der Expertenrunde vermisse er den Berufsverband der Belegärzte. Bezüglich der vom Land zu schaffenden Rahmenbedingungen erinnere er an vorherige Mehrheitsverhältnisse unter Beteiligung der CDU und FDP. Man müsse sich die Frage stellen, was denn seinerzeit unternommen wurde. Der naive Glaube, dass privat alles besser könne als öffentlich, sei ihm spätestens bei der Bankenkrise abhanden gekommen. Alles in allem müsse man sich die Frage stellen, was das Gesundheitswesen wert sei und nach geeigneten Lösungsmöglichkeiten suchen. Deshalb appelliere er an den Hauptausschuss, den SPD-Antrag zu unterstützen.

Herr Gräf geht noch einmal auf die strukturellen Probleme ein und die Notwendigkeit, diese zu lösen. Man müsse sich noch einmal die Frage in Erinnerung rufen, warum man sich vom Krankenhaus getrennt habe. Die Gemeinde Eitorf war schon vor zwei Jahren nicht mehr in der Lage, den Defizitzuschuss von 300.000 Euro zu leisten. Daher glaube er, dass es ein Traum sei, eine Belegabteilung aus einem funktionsfähigen Krankenhaus herauszulösen und isoliert zu betreiben. So sei man auf viele Nebenleistungen und Infrastruktur aus dem Krankenhaus angewiesen. Und auch diese Leistungen müssten bezahlt werden. Das Defizit werde sich nicht verringern, sondern eher in die Höhe gehen. Es gelte, erst die im Gange befindlichen Lösungsansätze zu Ende zu bringen. Man werde sich der Stimme enthalten und sich nicht gegen den SPD-Antrag sträuben, dieser sei aber eine Null-Option.

Herr Strausfeld findet in der Expertenrunde einen guten Ansatz und begrüßt, dass auch der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Altenkirchen eingebunden ist. Nach Aussage von Herrn Liene sei der SPD-Antrag Populismus. Er selber werte die Gegenrede von Herrn Liene für sich subjektiv ebenfalls als populistisch. Betrachte er den Antrag genau, gehe es zunächst nur darum, etwas „zu prüfen“. Dies könne doch parallel neben allen anderen Möglichkeiten geschehen.

Frau Zorlu erklärt, dass es keine einfache Entscheidung gewesen sei, die Trägerschaft des Krankenhauses vollständig abzugeben, man dies aber nicht bereut habe. Die Alternative sei Insolvenz gewesen. Von hier aus könne man nicht das Gesundheitssystem ändern, sondern müsse nach alternativen Möglichkeiten suchen. Hier und heute gehe es nur um die Geburtsstation. Beim Verkauf des Hauses sei in keiner Weise klar gewesen, dass die Station in Gefahr gewesen sei. Insbesondere diese Station sei stets positiv dargestellt worden. Sie macht noch einmal deutlich, dass ihren Erkenntnissen nach sehr wohl niedergelassene Fachärzte aus der Region Interesse bekundet hätten und bis heute auf einen Rückruf der Geschäftsführung warten würden. Mit Blick auf die hohen Investitionskosten, die z.T., auch mit Spendengeldern unterstützt wurden, legt sie großen Wert darauf, dass die Räume der Station

nicht anderen Zwecken zugeführt werden. Auch dies bedinge einer schnellen Lösung. Außerdem erwarte sie, dass Frau Dr. Olmos zur Expertenrunde eingeladen wird. Dies beantrage sie hiermit.

Herr Kolf macht noch einmal deutlich, dass es bei einer heutigen Beschlussfassung zunächst nur um einen Prüfauftrag geht.

Herr Scholz warnt davor, die Expertenrunde zu sehr aufzublähen. Auf den SPD-Antrag zurückkommend appelliert er an alle, das Schwarze-Peter-Spiel aufzuhören. Man müsse an einem Strang ziehen.

Herr Liene stellt die Frage in den Raum, was passiere, wenn ebenfalls aus wirtschaftlichen Gründen eine andere Abteilung schließe. Man müsse für andere Rahmenbedingungen kämpfen. In anderen Bundesländern sei dies anders und es werde Wert auf die Aufrechterhaltung einer Nahversorgung gelegt.

Herr Meeser erinnert daran, dass die Problematik seit etlichen Jahren bekannt sei und sich nach wie vor nichts auf Landesebene getan habe. Der Verkauf des Hauses sei letztendlich nur zur Abwehr der Insolvenz erfolgt. Dem Bürger sei durchaus klar, dass mit einer heutigen Beschlussfassung nichts versprochen würde. Es erfolge lediglich ein Prüfauftrag.

Herr Bäumgen beantragt schließlich gemäß Geschäftsordnung das Ende der Debatte.

Auf Nachfrage des Bürgermeister ergibt sich keine Gegenrede,.

Beschluss

Nr. XIII/21/190

Der Hauptausschuss entspricht dem Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Bürgermeister lässt daraufhin über den SPD-Antrag und den weiteren Antrag von Frau Zorlu, Frau Dr. Olmos in die Expertenrunde einzuladen, abstimmen.